

Informationen zur Datenverarbeitung Zentrales Einladungs- und Rückmeldewesen

(Stand: 28.07.2022)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit	FB 33
Telefon:	0331 / 289 - 2351
Fax:	0331 / 289 - 2353
E-Mail:	Oeffentlicher.gesundheitsdienst@rathaus.potsdam.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Potsdam
Herr R. Frommhold
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1546
Fax:	0331 / 289 - 841546
E-Mail:	datenschutzbeauftragter@rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

- Die Datenerhebung erfolgt beim Betroffenen. Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus:

-der Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des Brandenburgischen Gesundheitsgesetz (BbgGDG).

und

- Die Datenerhebung erfolgte bei einem Dritten. Es werden die folgenden personenbezogenen Datenarten/Datenkategorien verarbeitet:
- *Familienname*
 - *Vorname*
 - *Geburtsdatum*
 - *Meldeadresse*
 - *Gesundheitsdaten*

Nur im Falle der Datenerhebung bei einem Dritten:

Die Daten stammen aus der folgenden Quelle: Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit

Die Quelle ist öffentlich zugänglich: ja nein

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt aufgrund gesetzlicher Vorgaben zur Prävention und Früherkennung von Krankheiten, Entwicklungsstörungen oder Behinderungen.

Die Stammdaten sowie Informationen über fehlende Früherkennungsuntersuchungen Ihres Kindes bekommen wir vom Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit übermittelt.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten Ihres Kindes, insbesondere Gesundheitsdaten. Die Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitung bilden Art. 9 Absatz 2 lit. h) DSGVO, §22 Absatz 1 Nr. 1 lit. b) BDSG, §7 BbgGD und §26 SGB V, jeweils in der gültigen Fassung.

Die Rechtsgrundlage für die Weiterleitung anonymisierter Gesundheitsdaten an das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit bildet §9 BbgGD in Verbindung §3 Absatz 4 KJGDV, jeweils in der gültigen Fassung.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.
 eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt, Art. 22 DS-GVO.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

- innerhalb des Verantwortlichen:
 - IT-Service bei Systemstörungen*
- Auftragsverarbeiter:
 - externer IT-Service bei Systemstörungen*
- Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):
 - Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (anonymisierte Gesundheitsdaten)
- Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

7. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von: 10 Jahren.

Aufgrund rechtlicher Vorgaben (§630f BGB) sind wir dazu verpflichtet, medizinische Daten mindestens für o.g. Frist nach Abschluss der Diagnostik aufzubewahren. Nach anderen Vorschriften können sich längere Aufbewahrungsfristen ergeben, zum Beispiel 30 Jahre bei Röntgenaufzeichnungen laut Paragraf 28 Absatz 3 der Röntgenverordnung.

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht in der Form der zulässigen Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);
- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);
- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft

(Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);

- ☒ Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)

(Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);

- ☒ Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 31 DSGVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde ist zu richten an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 40
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de